

Zum Leserbrief von Albert Gehlen
(GE vom 21.04.2008)

Sehr geehrter Herr Gehlen,

Ihre Aussage "Neuer EU-Vertrag bringt Europa voran" stimmt meines Erachtens nur dann, wenn man sich darüber einigt, was Sie unter "Europa" verstehen!

Wenn Sie bei dem Begriff "Europa" an die großen europäischen Wirtschaftskonzerne denken, sowie an die Aktionäre, Manager und Vorstandsmitglieder – darunter auch Politiker –, dann haben Sie Recht: Weil der neue EU-Vertrag die Arbeiterrechte noch stärker zusammenstreicht und damit den Konzernen einen größeren Profit ermöglicht.

Wenn Sie bei der Überschrift Ihres Leserbriefes an die internationale Rüstungsindustrie gedacht hatten, dann haben Sie auch Recht, weil der neue EU-Vertrag die Mitgliedsländer der EU zur Modernisierung und Aufrüstung der Waffensysteme zwingt und demnächst dann auch Angriffskriege durch die NATO ganz offiziell zulassen wird.

Ihre Aussage, Herr Gehlen, stimmt auch in Bezug auf die privaten Geschäftsbanken. Auf Grund der vorherigen EU-Verträge, und auch mit dem neuen Vertrag, üben die privaten Geschäftsbanken die Geldhoheit aus, weil nur sie über die Kreditvergabe "aus dem Nichts" neues Geld schöpfen dürfen. Wie effektiv sie das während der letzten Jahre gemacht haben, erkennt man daran, dass innerhalb einer kleinen Minderheit der Bevölkerung die Zahl der Millionäre und Milliardäre steigt, während bei der großen Mehrheit der Bevölkerung die Armut zunimmt (auch Kinder- und Altersarmut!). Man sieht es auch daran, dass die Schuldenberge wachsen und dass die Instabilität des gesamten Finanzmarktes zunimmt. Siehe dazu unter www.geldwesen.be!

Wenn Sie dann aber die europäischen Mitgliedstaaten für diese ungeheuerlichen wirtschaftlich- sozialen Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte verantwortlich machen, dann verwechseln Sie, nach meinem Verständnis, ganz eindeutig Opfer und Täter! Es wäre doch mehr als erstaunlich, wenn in allen Ländern Europas, gleichzeitig, die Parlamente und Regierungen die gleiche, für die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung negative wirtschaftlich-soziale Gesetzgebung erlassen und angewandt hätten. Nein, richtig ist, dass diese negative Entwicklung durch die EU-Verträge von Maastricht und Nizza eingeleitet und erzwungen wurde, und dass der neue EU-Vertrag von Lissabon, ohne entsprechende Abänderungen, die gleiche, für 80 bis 90 Prozent der Bevölkerung ausbeuterische, wirtschaftlich-soziale Entwicklung fortsetzen wird!

Joseph Meyer, St.Vith
Mitglied im PDG